



»Zweck der Stiftung ist es, durch Wissenschaft und Bildung einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.«

Paragraph 2, Absatz 1 der Satzung der Stiftung

Standpunkt

von Susanne Fengler, Tina Bettels-Schwabbauer, Johanna Mack, Roman Winkelhahn

Selbst in bestens informierten Kreisen ist seit Beginn der Corona-Pandemie mitunter scharfe Medienkritik zu vernehmen: Die Medien berichteten uniform über die Krise, Positionen und Entscheidungen der Regierung wurden nicht hartnäckig hinterfragt, der Debatte fehlte es an Vielfalt und Alternativen zu den getroffenen Maßnahmen kämen nicht hinreichend zur Sprache.

Früher stellt die Pandemie auch den Journalismus hierzulande auf die Probe – umso mehr, als der massive Einbruch der Werbeeinnahmen aufgrund der Corona-bedingten Wirtschaftskrise derzeit selbst den Leuchttürmen des deutschen Qualitätsjournalismus den Boden wegzieht. Medien wie das Handelsblatt und die Süddeutsche Zeitung mussten bereits Kurzarbeit anmelden. Und natürlich greifen Nachrichtenfaktoren – in dieser Krise bislang unbekanntem Typus – nochmals stärker als ohnehin schon.

Doch aufs Ganze betrachtet war und ist die Berichterstattung deutscher Medien umfassend, differenziert und reflektiert. Niemand kann im Ernst behaupten, dass Gegner und Kritiker nicht zu Wort kamen – ihre Einlassungen wurden aber nicht ungefiltert weiterverbreitet, sondern eingeordnet, wie es eben die Aufgabe von Journalismus ist. Wir können dankbar sein, dass wir hierzulande gerade jetzt von einem dualen, auch regional breit gefächerten und eben nicht polarisierten Mediensystem profitieren. Wer in Deutschland ernsthaft Zensur wittert, der sollte sich im Ausland umschauen: Das am Erich-Brost-Institut für internationalen Journalismus angesiedelte European Journalism Observatory hat bereits im März eine fortlaufende Serie gestartet, die Schlaglichter auf die Auswirkungen der Pandemie auf Medien und Journalisten weltweit wirft. (www.ejo-online.eu) Das European Journalism Observatory ist eine von der Essener Stiftung Presse-Haus NRZ geförderte medienkritische Plattform, die ein Dutzend europäischer Journalismus-Institute verbindet – in zahlreichen europäischen Sprachen.

Selbst innerhalb der EU nutzen Regierungen die Corona-Krise, um kritische Medien zu gängeln. Die Fidesz-Regierung verabschiedete Ende März im Parlament ein neues Ermächtigungsgesetz, nach dem „Falschnachrichten“ und die Verbreitung „verzerrter Tatsachen“ über die Maßnahmen der Regierung gegen die Pandemie mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden können. Auch in Rumänien erließ der Präsident im Kontext der Pandemie ein Dekret – demnach darf das Innenministerium „Online-Falschinformationen unterbinden“ und damit de facto sogar ganze Websites blockieren oder löschen. Noch heikler ist die Lage jenseits der EU-Grenzen. In der Türkei sind verlässliche Quellen jenseits des Gesundheitsministeriums für kritische Journalisten kaum zugänglich, regierungsnaher Medien leiten dessen Statements ungefiltert weiter. Im Fernsehen werden vermeintliche „Experten“ präsentiert, die das Virus religiös interpretieren. Auch in Tunesien ist die Regierung die Hauptquelle für Infektionszahlen und Hinweise zum Umgang mit der Pandemie und stellt damit ein einflussreiches Monopol dar.

Aus dem von der Pandemie besonders schwer getroffenen Indien berichten unsere Kollegen, dass die Regierung die Medien nach dem Lockdown zu ‚positiver‘ Berichterstattung aufforderte – Medien, die sich dem Thema kritisch näherten, riskierten den Entzug von überlebenswichtigen staatlichen Werbeeinnahmen und Klagen. In Folge wurden selbst führende traditionelle Medien wie auch soziale Plattformen zu Foren für nationalistische Sentiments und Fehlinformationen. Selbst im international immer wieder für seine Pressefreiheit gelobten Ghana droht die Regierung Medien mit einem Lizenzentzug, sollten diese „Unwahrheiten“ verbreiten. Eine genaue Definition gibt es dafür nicht – jeder, der zu kritisch berichtet, kann als Lügner deklariert und stummgeschaltet werden. In vielen afrikanischen Staaten leisten im übrigen Journalisten einen bedeutenden Teil der gesundheitlichen Aufklärung, um zu verhindern, dass Menschen mit vermeintlichen Heilmethoden aus dem Internet gegen die Pandemie vorgehen.

Wenn wir in Deutschland auch nach der Pandemie, mit all ihren Verwerfungen, unabhängigen und seriösen Journalismus wollen, sollten wir uns rechtzeitig Gedanken machen, wie wir elementare Strukturen sichern können. Das Dortmunder Institut für Journalistik lädt dazu – auch Sie – monatlich ein, das nächste Mal am 20. Januar 2021 digital dazu ein.



<https://journalistik.tu-dortmund.de/news/ij-videokonferenz-zur-medienzukunft-1/>

Was war?

Stiftungspreis 2018/19

Auch dieses Jahr war es dem Kuratorium erneut eine Ehre den Stiftungspreis 2018/2019 für herausragende Arbeiten mit Demokratiebezug zu verleihen. Den derzeitigen Umständen entsprechend, fand die diesjährige Preisverleihung online statt und die Preisträger bekamen die Gelegenheit ihre ausgezeichnete Arbeit den Kuratoriumsmitgliedern virtuell vorzustellen.

Der „Kleine Stiftungspreis“, der mit 2.500,- € dotiert ist, wurde an Frau Anne Goldmann mit ihrer Masterarbeit „Protokollarischer Zwang oder individuelle Themensetzung? - Eine qualitative Analyse des 1. Amtsjahres des Bundespräsidenten im Bereich der Außenpolitik am Beispiel Joachim Gauck und Frank-Walter Steinmeier“ verliehen. Anhand von zwei mit Bedacht gewählten Beispielen, gelingt es Frau Goldmann, den Balanceakt eines Bundespräsidenten zwischen den strengen Vorgaben des Protokolls und der Möglichkeit individuelle Akzente zu setzen, darzustellen.

Preisträger des großen, mit 5.000,- € dotierten, Stiftungspreises ist Herr Dr. Bernhard Gotto mit seiner Habilitationsschrift „Enttäuschung in der Demokratie – Erfahrung und Deutung von politischem Engagement in der Bundesrepublik Deutschland während der 1970er und 1980er Jahre“. Normale Bürger und Bürgerinnen fungieren in dem Werk von Herrn Dr. Gotto als zentrale Rolle, um Enttäuschung, als eine starke emotionale Empfindung in einen zeitgeschichtlichen und demokratietheoretischen Kontext einzubetten. Dabei wird auch in dem kurzen Vortrag von Herrn Dr. Gotto deutlich, dass Enttäuschung in der Demokratie keine Einzelfrage einer Generation oder einer Gesellschaft ist, sondern vielmehr auf unterschiedliche Art und Weise immer und überall entstehen kann.

Was wird?

Stiftungspreis 2020/2021

Der Stiftungspreis 2020/2021 wird im Herbst 2021 ausgeschrieben.



Wer wir sind und was wir wollen?

Die Demokratiestiftung der Universität zu Köln ist eine nichtrechtsfähige Stiftung mit Sitz in Köln. Träger der Stiftung ist die Universität zu Köln als selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen friedlichen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung demokratischer Ideen zu leisten.

Als wissenschaftliche Grundlage dient das von Ihr entwickelte Stiftungskonzept, das im Einzelnen auf der Homepage unter www.demokratie-stiftung-koeln.de/stiftung/stiftungskonzept/ einzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die Demokratie-Stiftung zum Ziel, die Idee der Demokratie in einem globalen Kontext zu fördern. Sie tut dies, indem sie mit verschiedenen Projekten vor allem Wissenschaft und Bildung unterstützt. Ziel ist eine verstärkte Information und Kommunikation über die mit der Demokratie als politischer Organisationsform verbundenen Chancen und Herausforderungen.

Die Universität zu Köln finden Sie auch hier:



Impressum:

Demokratie-Stiftung der Universität zu Köln | Albertus-Magnus-Platz | 50923 Köln

Tel.: 0221/ 470-5644 | E-Mail: demokratie-stiftung@uni-koeln.de | Internet: <http://www.demokratie-stiftung-koeln.de>

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Bernhard Kempen

Gestaltung: Ulrike Kersting | Abteilung Marketing | Universität zu Köln